Tages-Anzeiger AUSLAND

Auf dem Weg zum Gottesstaat

Von **Claudia Kühner**. Aktualisiert am 21.01.2012 **55 Kommentare**

Ultraorthodoxe Juden wollen den übrigen Israelis ihre Vorstellungen von einem frommen Leben aufzwingen. Der Konflikt verweist auf eine grundsätzliche Fehlentwicklung von Staat und Gesellschaft.

Beschimpften israelische Polizisten als Nazis: Ultraorthodoxe demonstrieren im Jerusalemer Viertel Mea Sharim. (15. Januar 2012)
Bild: Keystone

Artikel zum Thema

«Unsere Kinder kennen weder Drogen noch Sex»
Empörung über Nazi-Vergleich in Israel
Israels neue Heldinnen

Bildstrecke

Was jüngst in der israelischen Stadt Beth Shemesh geschah, hat das Land auf einmal aufgerüttelt. Ultrareligiöse Fanatiker hatten ein Schulmädchen bespuckt, weil es in ihren Augen nicht anständig genug gekleidet war. Dabei war das Mädchen aus religiösem Elternhaus. Das Fernsehen berichtete, und auf einmal schreckten säkulare Israelis auf. Zu Tausenden demonstrierten sie gegen diese Übergriffe. Unter sie mischten sich aber auch durchaus orthodoxe Juden, die das Treiben der Extremisten mit

Ultraorthodoxe spalten Israel
Ultrareligiöse Juden in Israel fordern die weitgehende Trennung von Frauen und Männern im öffentlichen Raum.

Abscheu und Sorge erfüllt.

Zu unterscheiden sind dabei ultraorthodoxe Juden in Israel selber, die dort ihre Vorstellung von einem gottesfürchtigen Leben der Umwelt aufdrücken wollen. Im Sinn haben sie zunächst eine strenge Geschlechtertrennung im öffentlichen Bereich. Am Ende aber soll der Staat seinen weltlichen Charakter verlieren. Hier manifestieren sich ein Kulturkampf und eine immer tiefer gespaltene Gesellschaft.

Brandanschläge auf Moscheen

Die andere Gruppe sind extremistische und gewalttätige Siedler aus dem national-religiösen Lager, die vor allem gegen die palästinensischen Nachbarn vorgehen und seit neuerem auch gegen die Armee und Polizei in den besetzten Gebieten. Auch sie bilden innerhalb der Siedler eine Minderheit, aber den Humus hat eine Mehrheit gelegt. Ihre jüngste Gewaltserie – zum Beispiel Brandanschläge auf Moscheen – brach aus, nachdem die Armee einige Bauten in sogenannt illegalen Aussenposten geräumt hatte und weil Palästinenser vor einigen Monaten einen Mordanschlag auf eine Siedlerfamilie verübt hatten. Nichts Neues sind ausgerissene Olivenbäume, getötete Herdentiere oder Schüsse auf palästinensische Bauern.

Jüngst hat eine Gruppe jugendlicher Gewalttäter in einer Armeebasis Vandalenakte begangen und Soldaten als «Nazis» beschimpft. Dabei haben Armee und Politik all die Jahre das Treiben gebilligt und die Aussenposten mit Infrastruktur versorgt und sie bewacht.

Beim Missbrauch der Nazi-Metapher treffen sich Fromme und Siedler also wieder. Empört reagierte die Öffentlichkeit auch, als fromme Fanatiker Anfang Januar in KZ-Häftlingskleidern mit gelbem Stern demonstrierten – gegen die «Nazis» in den staatlichen Organen, die sie angeblich verfolgen. Im realen Leben allerdings hängen viele dieser Fanatiker von staatlicher Sozialhilfe ab, weil sie unwillens sind, sich ihren Lebensunterhalt selber zu verdienen, und sich lieber ihren frommen Studien widmen. Das heisst, sie leben von Steuermitteln jener Mehrheit, gegen die sie immer gewalttätiger vorgehen.

Yitzhak Rabin in SS-Uniform

Diese Radikalisierung in aller Öffentlichkeit ist seit Monaten zu beobachten, hat aber eine Geschichte, die Jahrzehnte zurückreicht. Dies sind beides keine neuen, nur auf die Spitze getriebene Perversionen. Gegner als Nazis zu bezeichnen, hat eine alte Tradition in Israel. Schon Yassir Arafat war für Menachem Begin einst der neue Hitler, und ein Yitzhak Rabin wurde im Wahlkampf 1995, vor seiner Ermordung, in SS-Uniform abgebildet, weil er mit den Palästinensern das Oslo-Abkommen geschlossen hatte. Führend in der Hetze war damals der heutige Premierminister Benjamin Netanyahu.

Ein weiterer neuer «Kampfplatz» ist die Armee selber, in der Frauen und Männer zusammen dienen. Immer mehr national-religiöse oder orthodoxe Soldaten versuchen hier ihre Regeln durchzusetzen. So haben sich Soldaten jüngst geweigert, einer Zeremonie beizuwohnen, an der Soldatinnen sangen. Wieder war die Aufregung gross. Dabei ist auch dieser Vorfall nur die Konsequenz einer Entwicklung, auf die Soziologen seit langem hinweisen: Das Offizierscorps, einst die Bastion der sozialistischen Linken aus dem Kibbuz, ist immer stärker durchsetzt von Vertretern der Siedlerbewegung, und auch Armeerabbiner kommen immer häufiger aus dem radikalen Lager und indoktrinieren die Soldaten entsprechend. Mit anderen Worten, in der Armee bahnt sich ein Machtkampf um die Befehlsgewalt an. Und in der Gesellschaft einer um die Stellung der Frau.

Jüdisches Gesetz gefordert

Auf einmal scheint es, läuft das Fass über. Hier ist ein «Golem» erwacht, schreibt der kritische Journalist Gershom Gorenberg. Der Siedlerradikalismus wurde seit 1967 politisch toleriert, wo nicht gefördert, und wendet sich jetzt gegen die staatlichen Organe. Die wiederum haben in den besetzten Gebieten immer auch ihre eigenen Gesetze zugunsten der Siedler gebrochen. Ein Armeeoffizier sprach von einem «Staat im Staat» und von einer «jüdischen Hizbollah». Verteidigungsminister Ehud Barak nannte die Randalierer «Terroristen», Regierungschef Netanyahu lässt es bei «Anarchisten» bewenden.

Auf der anderen Seite tönt es so: Benny Katzover, ein Repräsentant der Siedler von Samaria, der nördlichen Westbank, erklärt im Radio, «die israelische Demokratie hat ihre Rolle beendet, muss sich auflösen und einem halachischen Staat Platz machen» – also einem Staat, der vom jüdisch-religiösen Gesetz regiert wird, vergleichbar der Scharia in der islamischen Welt. Hier rächen sich Fehleinschätzungen, die auf die Anfänge des Staates zurückgehen und auf seinen Gründervater David Ben Gurion.

Bewusst keine Verfassung

Bewusst gab sich der junge Staat keine Verfassung, die seinen Charakter und sein Verhältnis zur Religion hätte definieren müssen, etwa in Gestalt einer strikten Trennung beider Sphären. Damals lebten in Israel nur einige Hundert Orthodoxe, denen Ben Gurion die allgemeinen Pflichten wie Militärdienst erliess und akzeptierte, dass sie ein eigenes Erziehungswesen etablierten. Wohl nicht ahnend, welche Zahl und welche Macht sie auch durch ihr paralleles Schulwesen erlangen würden. Dies blühte, weil noch jede Regierung angewiesen war auf die Stimmen der religiösen Parteien und sie entsprechend «subventionierte».

Wenn die Fanatiker den demokratischen Charakter des Staates und die liberale Gesellschaftsordnung zunehmend infrage stellen, tun sie das in einer Atmosphäre, wo auch die politische Rechte demokratische Errungenschaften immer mehr einzuschränken versucht, wo Minderheiten davon profitieren: etwa die arabischen Staatsbürger oder Menschenrechtsorganisationen. Was die jüngsten Ausschreitungen anbelangt, spielt sie die Regierung Netanyahu herunter zu einer Polizeiaufgabe. Dass sie auf grundsätzliche

Fehlentwicklungen von Staat und Gesellschaft verweisen, ignoriert sie. (Tages-Anzeiger)

Erstellt: 21.01.2012, 20:35 Uhr

Alle Kommentare anzeigen